

Ohne Termin ins Bürgeramt
Mutiges Experiment besteht
Praxistest. Nutzer berichten von
guten Erfahrungen

Seite 4

**Hilfe für die, die sonst immer
stark sein müssen**
CDU-Fraktion möchte Pflegenotfall-
Telefon für Berlin

Seite 7



Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,
die erste Jahreshälfte 2025 liegt bereits hinter uns – und die Ferienzeit steht vor der Tür.
In den vergangenen Monaten habe ich im Abgeordnetenhaus von Berlin insgesamt 12 schriftliche Anfragen an den Senat gestellt – für mehr Transparenz bei Themen, die unseren Bezirk betreffen. Wenn Sie sich einen Überblick verschaffen möchten, finden Sie alle Anfragen und die Antworten jederzeit online. Scannen Sie einfach den QR-Code unten mit Ihrem Smartphone.



Aktuell bin ich mit meinem Infomobil regelmäßig im Kiez unterwegs – mit kalten Getränken, offenen Ohren und aktuellen Informationen. Für einige dieser Treffen – insbesondere dem kleinen Gesprächsformat „Auf ein Getränk mit Ihrem Abgeordneten“ – verteilen wir gezielt Einladungskarten in der jeweiligen Nachbarschaft. Eine öffentliche Ankündigung dieser Termine erfolgt bewusst nicht, um einen persönlichen Rahmen zu wahren.
Weitere Veranstaltungen und Informationen künde ich regelmäßig auf meiner Webseite martin-sattelkau.de sowie auf Facebook und Instagram an.
Vielleicht sehen wir uns demnächst persönlich.

Herzliche Grüße, Ihr
Martin Sattelkau
Martin Sattelkau
Ihr Abgeordneter für
Altstadt/Kietz, Allende-Viertel,
Wendenschloß, Müggelheim

klartext

NEU
Kiez-Ausgabe
Altstadt/Kietz,
Allende-Viertel,
Wendenschloß und
Müggelheim
im Innenteil

zur Stadt, Ihrem Kiez & dem Berliner Parlament Zeitung der CDU-Fraktion Berlin | Juli 2025

Geschafft! Wie Berlin endlich besser funktioniert

Weniger Warteschleifen,
kein nerviges Hin- und Her.
Berlins Regierender
Bürgermeister Kai Wegner
(li.) und CDU-Fraktionschef
Dirk Stettner haben
geschafft, was viele lange
für unmöglich hielten.
Mit Unterstützung aller
demokratischen Fraktionen
sorgen sie für klare
Zuständig- und Verantwort-
lichkeiten in unseren
Behörden. Berlin wird auf
neue, schnellere und bessere
Beine gestellt. **Seite 4**



Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Neues Polizeigesetz: Sicherheit der Berliner wird großgeschrieben

Größte Reform seit Jahrzehnten: Von mehr Videoschutz bis zu mehr Messerverboten

Sich sicher fühlen in Bussen und Bahnen, in Grünanlagen, überall in der Stadt. Zu jeder Tages- und Nachtzeit. Genau das erhöht den Wohlfühlfaktor, macht Berlin noch lebenswerter. Für dieses wichtige Ziel hat die CDU-Fraktion das größte Reformvorhaben seit der Wiedervereinigung auf den Weg gebracht. Damit werden wichtige Versprechen eingehalten, die Polizei besser ausgestattet, der Alltag der Berliner wird sicherer.

Mehr Videoschutz
Konkret geht es um diese Punkte: Es wird Videoschutz-Anlagen an kriminalitätsbelasteten Orten geben. Denn Kameras verunsichern und vertreiben Kriminelle. Straftaten können damit vermieden

Eine deutliche
▼
Mehrheit
▲
der Berliner unterstützt
mehr Videoschutz

und auch leichter aufgeklärt werden. Nach Umfragen wird mehr Videoschutz von einer deutlichen Mehrheit der Berliner unterstützt. Nach Jahren rot-grün-roter Blockade wird das jetzt umgesetzt.

Gefährder auf Abstand
Polizeibekannte Wiederholungstäter und Gefährder lassen sich künftig leichter auf Distanz halten und von schlimmen Taten abhalten. Dabei helfen elektronische Fußfesseln zur genauen Standortkontrolle.
Mit ihnen lassen sich Täter leichter von schutzbedürftigen Personen und sensiblen Orten ferngehalten. Dies wird neben Fußfesseln auch durch eine rechtsstaatlich direktere ... **weiter auf Seite 2 oben**

AUSBILDUNG
2000
zusätzliche betriebliche Lehrstellen sollen für junge Berliner geschaffen werden
Seite 8

INFO — GRAFIK

Öffentlicher Nahverkehr von Berlin
Täglich 11-mal um die Erde: Zahlen und Fakten zu BVG und S-Bahn.
Seite 3

Berliner Tempo beim Bau macht jetzt Schule

Express-Beauftragung, 24/7-Arbeiten und Bonuszahlungen bei Termineinhaltung

Berlins Westend- und Ringbahnbrücke wie auch die Wuhlheidebrücke waren schneller weg, als viele gucken konnten. Das machte bundesweit positive Schlagzeilen. Dieses neue Berliner Tempo soll jetzt auf andere Vorhaben ausgedehnt werden. Das gilt selbstverständlich auch für den Neubau.
Ampelstaus bei Baustellen vermeiden
So soll die Beauftragung gerade bei kritischer Infrastruktur wie Brücken und wichtigen Straßen mit klaren

Kriterien vereinfacht und beschleunigt werden. Dazu soll grundsätzlich an jedem Tag rund um die Uhr gearbeitet werden. Unter Berücksichtigung des Lärm- und Arbeitsschutzes versteht sich. Generell sollen bei Baustellen auf Hauptverkehrsstraßen die Ampelschaltungen angepasst werden, um unnötige Staus von vornherein zu vermeiden und alle Baustellen werden künftig zentral koordiniert.
Tschüß Geisterbaustelle!
Die Genehmigungsverfahren wurden bei den Baustelleneinrichtungen



Baustelle: Staus vermeiden Foto: IMAGO/CHROMORANGE

bereits zu Jahresbeginn deutlich vereinfacht und die jüngst beschlossenen Vereinfachungen bei Ersatzneubauten verkürzen die Planungsphasen um ein bis drei Jahre.
Zusätzlich soll ein Bonus-Malus-System Anreize schaffen, termingerecht zu bauen. Wer früher fertig wird, bekommt eine Prämie. Bei Verzögerungen drohen stattdessen Straf-gelder. Dieses Prinzip war schon 2012 bei der Avus-Sanierung erfolgreich: Die Arbeiten auf der neun Kilometer langen Strecke konnten damals ein Jahr früher als geplant abgeschlossen werden.

Der Bau-Turbo sorgt jetzt auch bei der Schaffung bezahlbarer Wohnungen für mehr Fahrt. Eine langjährige Forderung der Berliner CDU-Fraktion wird damit nun im Bund realisiert.
Bau-Turbo beim Wohnungsbau
Die neue Bundesregierung hat mit ihrem Beschluss unter anderem Planungsvorgaben erleichtert und damit beschleunigt. Aufstockungen und Nachverdichtungen sollen über Planvorgaben hinaus möglich werden. Experten sind sicher: Davon wird Berlin profitieren.

Kopftuchverbot gilt weiter

Die CDU-Fraktion lehnt die demonstrative Zurschaustellung religiöser Symbole im öffentlichen Dienst, in denen die Bürgerinnen oder Bürger in besonderer Weise dem staatlichen Einfluss unterworfen sind, weiterhin klar ab. Das dient dem Zusammenhalt und dem sozialen Frieden in unserer Stadt. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts war nun allerdings das pauschale Kopftuchverbot für Lehrerinnen unvereinbar mit unserem Grundgesetz, eine verfassungsgemäße Anpassung unausweichlich. Aufgehoben ist es jedoch nicht: Das Trageverbot gilt weiterhin bei Störung des Schulfriedens oder der staatlichen Neutralität. Und es gilt uneingeschränkt auch für Polizei, Gerichte und Justiz.



Polizei: Kopftuch bleibt verboten Foto: IMAGO/Eibner

Messedächer für Solarstrom

Die Messe Berlin liefert jetzt auch Solarstrom: Auf den Hallendächern unter dem Funkturm ging die stadtweit größte Photovoltaik-Dachanlage in Betrieb mit einer installierten Gesamtleistung von fast 7,5 Megawatt (MW). Sie zählt damit zu den derzeit größten Aufdachanlagen in Deutschland.



Solardach Messe Foto: IMAGO/McPHOTO

Wer Abschiebungen sabotiert, wird bestraft

CDU-Fraktion Berlin will Datenweitergabe durch Dritte verhindern



Abschiebungen via Flugzeug werden oft durch Weitergabe von Informationen boykottiert Foto: IMAGO/BREUEL-BILD

Schon länger werden wirksamere Maßnahmen zum Schutz von Abschiebeflügen gefordert. Auf ihrer Klausurtagung in Bayern hat die CDU-Fraktion Berlin dazu eine Bundesratsinitiative zur Schließung der bestehenden Vertraulichkeitslücke im Aufenthaltsgesetz auf den Weg gebracht. Ziel ist es, künftig auch die vorsätzliche Weitergabe sensibler Informationen durch Nicht-Amtsträger unter Strafe zu stellen – um geplante Abschiebungen nicht länger durch gezielte Warnungen und Datenleaks zu gefährden.

Abschiebeflüge werden gezielt von Aktivisten vereitelt

Ein zentrales Problem: Immer wieder scheitern geplante Abschiebungen, weil vorab vertrauliche Informationen veröffentlicht werden. In Unterstützernetzwerken und auf Online-Plattformen wie „No Border Assembly“ oder im so-

Künftig sollen sich auch außenstehende Personen

strafbar

machen, die durch Weitergabe vertraulicher Informationen die Durchführung geplanter Abschiebungen gefährden.

genannten „Abschiebe-Alarm“ werden regelmäßige Flugziele, Zeiten und Airlines von bevorstehenden Sammelausschiebungen genannt. Die Folge: Vollziehbar Ausreisepflichtige tauchen kurz vor dem Termin unter – oft mithilfe der organisierten Unterstützerszene.

Laut Berichten, unter anderem im Focus, gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass die geleakten Informationen aus internen Systemen stammen – also direkt aus dem Umfeld der an der Abschiebung beteiligten Behörden. Dennoch bleiben solche Datenweitergaben bislang ohne strafrechtliche Konsequenzen, wenn sie nicht von einem Amtsträger oder einem besonders Verpflichteten erfolgen.

Genau hier setzt die CDU-Fraktion Berlin an: Sie will, dass die Geheimhaltungspflichten künftig auch für außenstehende Personen gelten. Wer bewusst Informationen über geplante Abschiebungen

weitergibt – unabhängig davon, ob er Teil der Verwaltung ist oder nicht – soll sich strafbar machen, wenn dadurch die Durchführung gefährdet wird. Denn der Rechtsstaat darf nicht dulden, dass rechtmäßige Rückführungen durch Datenleaks und Warnketten sabotiert werden.

„Wer solche Informationen weitergibt, missbraucht staatliches Wissen zur gezielten Verteilung rechtsstaatlicher Maßnahmen“, heißt es im Antrag. Der Gesetzgeber müsse diese Lücke im § 97a Aufenthaltsgesetz umgehend schließen.

Neben der strafrechtlichen Absicherung sensibler Daten will die CDU-Fraktion auch gegen organisierte Unterstützernetzwerke konsequenter vorgehen. Gruppen wie „No Border Assembly“ rufen offen dazu auf, Rückführungen zu verhindern, und geben konkrete Hinweise zu Flugverbindungen weiter. Die CDU im Berliner Landesparlament fordert daher eine umfassende rechtliche Prüfung.

Staatliches Handeln braucht Verlässlichkeit

Es ist gut, dass das Thema nun konsequent angegangen wird. Eine bloße politische Ablehnung von Abschiebungen rechtfertigt eben keine Sabotage. Die gezielte Vereitelung vollziehbarer Ausreisepflichten untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat und benachteiligt jene, die auf legale Wege und Verfahren setzen.

Der Staat muss in der Lage sein, seine Entscheidungen auch umzusetzen. Dazu gehört, dass geplante Rückführungen nicht durch Leaks und Warnsysteme unterlaufen werden können. Die geforderte Gesetzesänderung könnte dabei helfen.

... Fortsetzung von Seite 1

Gefährderansprache der Polizei möglich.

Mehr Messerverbote

Auch die Sicherheitslage auf öffentlichen Straßen und Plätzen soll sich spürbar verbessern. Dazu sollen Messerverbotzonen auf weitere Orte mit hoher Kriminalitätsbelastung ausgeweitet werden. Am Leopoldplatz, am Kottbusser Tor und im Görlitzer Park hat sich das bewährt. Dort dürfen seit Mitte Februar keinerlei Waffen mehr mitgeführt werden. Erst kürzlich wurde für BVG und S-Bahn ein komplettes Messerverbot durchgesetzt, das jetzt verstärkt kontrolliert wird.

Die Sicherheit der Berliner hat für die CDU-Fraktion höchste Priorität. Geplant ist deshalb auch eine Vielzahl von neuen rechtlichen Möglichkeiten unserer Polizei: wie die Kommunikationsüberwachung (TKÜ) von Verdächtigen etwa in der Clan-Kriminalität und zur Terrorabwehr, die Internet-Suche nach biometrischen Daten, der Drohnen-Einsatz zur Überwachung, die Ausweitung des Betretungsverbots für Täter von Wohnungen in Fällen häuslicher Gewalt von jetzt 14 auf 28 Tage.

Das und vieles mehr wird Berlin Schritt für Schritt sicherer und damit noch lebenswerter machen.



Gefährder stärker im Blick Bild: 4o

Regelmäßiges Reanimationstraining an Schulen

Junge Menschen lernen, im Notfall das Richtige zu tun

Plötzlicher Herz-Kreislaufstillstand – ein medizinischer Notfall, der jederzeit eintreten kann. Und doch sind die Überlebenschancen in Deutschland alarmierend gering: Weniger als zehn Prozent der Betroffenen überleben ein solches Ereignis außerhalb eines Krankenhauses. Der Grund liegt nicht im Mangel medizinischer Möglichkeiten, sondern im fehlenden Eingreifen von Umstehenden. Dabei sind die ersten Minuten entscheidend. Wird sofort mit einer Wiederbelebung begonnen, kann die Überlebenschance auf bis zu 70 Prozent steigen. Genau hier setzt ein neuer Antrag der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus an.

Unter dem Titel „Erste Hilfe zählt – Reanimation macht

Schule in Berlin“ möchte die Fraktion ein verbindliches Reanimationstraining an den Berliner Schulen etablieren. Ziel ist es, jungen Menschen frühzeitig das nötige Wissen und Selbstvertrauen zu vermitteln, um im Ernstfall richtig zu handeln – und Leben zu retten. Die Fraktion spricht von einer „neuen Generation von Lebensrettern“, die durch Schulbildung systematisch aufgebaut werden soll.

Neue Generation von Lebensrettern

Unterstützung erhält die CDU-Fraktion von Expertenseite: Der Deutsche Rat für Wiederbelebung und der Bundesverband Medizintechnologie fördern in einem gemeinsamen



Foto: IMAGO/Zoonar

70 %

gesteigerte Überlebenschance bei sofortiger Wiederbelebung

Aktionsplan regelmäßige Reanimationsschulungen bereits ab der siebten Klasse – am besten jährlich. Die Kultusministerkonferenz hatte bereits 2014 empfohlen, Wiederbelebung fest in den Schulunterricht zu integrieren. Doch umgesetzt wurde diese Empfehlung in den meisten Bundesländern bislang nicht. Dabei zeigen andere Länder wie Dänemark oder die Niederlande, wie es besser geht: Dort werden Schüler regelmäßig geschult – mit dem Ergebnis, dass die Reanimationsraten deutlich über 70 Prozent liegen.

Projekt in Koblenz bereits erfolgreich

Vorbild für den Berliner Antrag ist das erfolgreiche Schul-

projekt #koblenzdrückt. In Koblenz lernen Schülerinnen und Schüler der siebten Klassen unter Anleitung der ADAC Stiftung und des Deutschen Rats für Wiederbelebung die wichtigsten Handgriffe der Reanimation – an Übungspuppen, mit klaren Schrittfür-Schritt-Anleitungen und regelmäßigen Übungen. Die Ergebnisse sind vielversprechend: Die Schüler berichten von mehr Selbstvertrauen, höherer Handlungssicherheit und einer klaren Bereitschaft, im Notfall einzugreifen. Das Projekt sorgt zudem für Sichtbarkeit des Themas im öffentlichen Raum – ein Effekt, den sich die Unionsabgeordneten auch für Berlin erhoffen.

Konkret schlägt der Antrag vor, in einem ersten Schritt ein

Pilotprojekt an Berliner Schulen zu starten, das sich eng am Koblenzer Vorbild orientiert. In Kooperation mit der ADAC Stiftung und weiteren geeigneten Partnern sollen professionelle Schulungsmaterialien, qualifizierte Trainerinnen und Trainer sowie ein praxisnaher Lehrplan zur Verfügung gestellt werden. Bestehende Strukturen sollen dabei einbezogen und gestärkt werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden und vorhandene Synergien zu nutzen. Ziel ist es, den Reanimationsunterricht dauerhaft im Berliner Schulalltag zu verankern. Nach einer umfassenden Evaluation soll eine berlinweite Ausweitung erfolgen. Berlin kann mehr Leben retten – wenn wir es nur früh genug lehren.

Täglich 11-mal um die Erde

BVG und S-Bahn: Zahlen und Fakten zum ÖPNV

Berlin, mit einer Flächengröße von 892 km², 3,9 Millionen Einwohnern sowie 12,7 Millionen Gästen im Jahr 2024, befördert jährlich über eineinhalb Milliarden Fahrgäste mit den Verkehrsmitteln des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gut, sicher und umweltfreundlich an ihr Ziel. Unsere Hauptstadt verfügt über das größte Stadtbusnetz in Deutschland und das weltweit viertgrößte Straßennetz.

Gleisnetz-Erweiterungen >>> Dank Initiativen der CDU-Fraktion



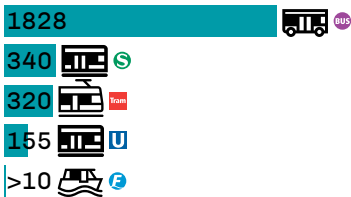
U3 U3-Lückenschluss ist beschlossen: Netzerweiterung zwischen Krumme Lanke – Mexikoplatz
U7 Finanzierungsvereinbarung getroffen: U7-Verlängerung zum BER (und Spandau)
U2 U9 Verlängerung der U2 und U9: entschieden im Verkehrskonzept für den Blankenburger Süden
U8 Verlängerung von Wittenau bis Märkisches Viertel geplant

S75 Verlängerung der S75: entschieden im Verkehrskonzept für den Blankenburger Süden
S21 Neue Nord-Süd-Verbindung (Vorzugsvariante) beschlossen: S21 verbindet nördlichen und südlichen Berliner Innenring und macht den Berliner Hauptbahnhof besser erreichbar

Tram 50 M1 Verlängerung der Linien 50 und M1: die 3,5 km lange Strecke bindet mehr als 10.000 Berlinerinnen und Berliner in der Elisabeth-Aue an den ÖPNV an

1179km
Gleisnetz

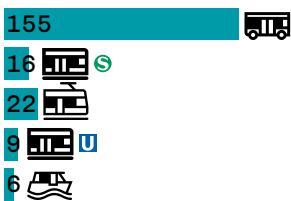
Linienlänge (km)



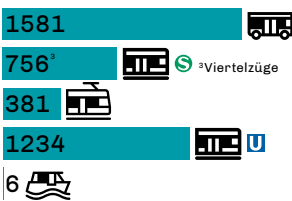
Haltestellen



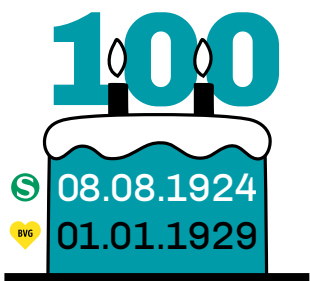
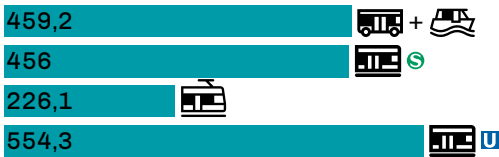
Linienanzahl



Fahrzeuganzahl



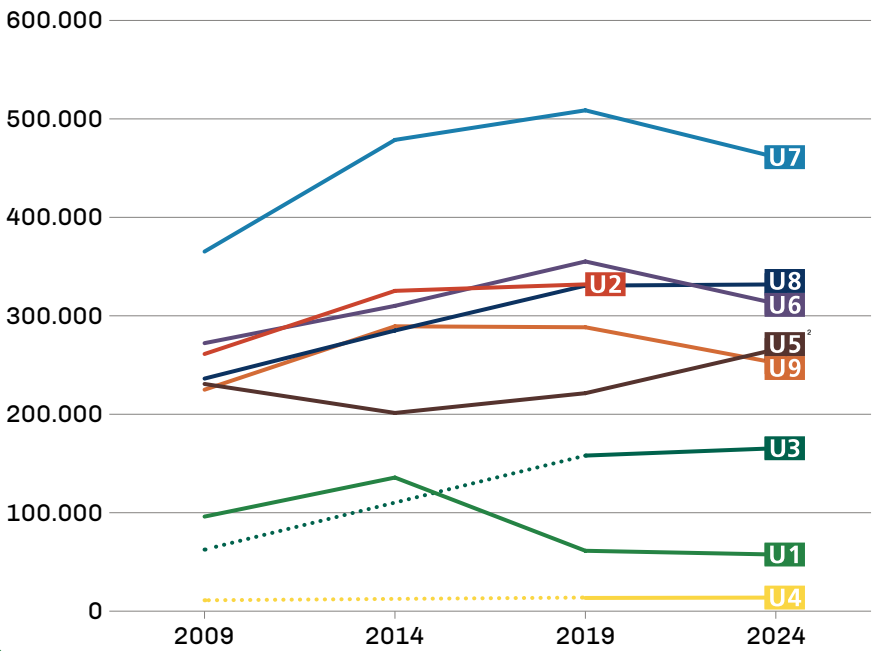
Fahrgastfahrten in Mio.



2x 9x

Die S-Bahn fährt täglich zweimal, die BVG neunmal um die Erde

Durchschnittliche tägliche Fahrgastzahlen¹ der Berliner U-Bahn-Linien



U8 Erfolgreiche Reinigungstreife auf der U8 sorgt für Sauberkeit und Sicherheit. Die BVG erweitert nun auch auf die U7 zwischen den Stationen Neukölln und Yorckstraße und die U5 zwischen Alexanderplatz und Lichtenberg.

¹ gemittelte Werte aus verschiedenen Jahreszeiten (Schul- und Ferienzeiträume) und einem durchschnittlichen LBF-Wert (Linienbezogene Fahrgastfahrt) für einen durchschnittlichen Mo-Fr: ohne Vollerhebung, inklusive Baumaßnahmen und Streiks; Daten in 2019 zum Teil ungeprüft aus dem Projekt AFZS (Automatische Fahrgastzählsysteme) ² inklusive U55 in 2014 und 2019



456 1109,7

Millionen Fahrgastfahrten in 2024

3090 16.588

Mitarbeiter beschäftigten 2024 die S-Bahn Berlin bzw. die BVG

183 483

Auszubildende waren 2024 unter den Beschäftigten

441 1148

Fahrausweisautomaten in 2024

Ohne Termin ins Bürgeramt: Mutiges Experiment besteht Praxistest

Nutzer berichten von guten Erfahrungen. Senat verspricht genaue Auswertung

Kein Terminärger, kein langes Warten: Der erste terminfreie Aktionstag in Berlins Bürgerämtern im Mai ist bei vielen Berlinern auf Beifall gestoßen. Praxistest bestanden.

Berliner positiv überrascht

„Ich habe meine Meldebescheinigung abgeholt und bin direkt drangekommen“, schildert ein Kladower seine Erfahrung in einem Medienbericht. „Diese Aktion bringt wirklich was.“

Eine Mutter aus Wedding konnte schneller als sie sich das hätte vorstellen können, einen Reisepass für ihre Tochter beantragen. Blitzschnell erledigt in nur 45 Minuten.

Organisatorisch lief alles bestens am Testtag, das von Kritikern befürchtete Chaos durch zu großen Andrang blieb aus. Das terminfreie An-

”
Ich habe meine Meldebescheinigung abgeholt und bin direkt drangekommen.

Bürger aus Kladow



Ohne Termin ins Bürgeramt: Idee von Berlins Regierenden Kai Wegner
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

gebot war auf Pass- und Ausweisangelegenheiten begrenzt.

Beispiel könnte Schule machen

Ergebnisse will der Senat jetzt intensiv auswerten. Denn der Wunsch nach einer Wiederholung ist längst schon laut geworden. Vielleicht geht auch noch mehr: Dass Berliner künftig die Wahl haben zwischen termingebundenen und terminfreien Zeiten.

Dazu schlägt die CDU-Fraktion in einem neuen Antrag vor, regelmäßige spontane Besuche in Bürgerämtern zu ermöglichen, sei es monatlich, wöchentlich oder in den ersten Betriebsstunden, wenn es erfahrungsgemäß noch ruhiger ist. Die CDU-Fraktion regt an, dazu ein überzeugendes Konzept zu erarbeiten.

Ausgezeichnet! Berlins Schneller-Bauen-Gesetz

Verband der Immobilienwirtschaft lobt erfolgreiche Initiative für Bürokratieabbau

Bürokratie nervt nicht nur, sie lähmt und ist verdammt teuer. Sie ist einer der Gründe, warum es insbesondere beim Wohnungsbau nicht voranging, mehr bezahlbares Wohnen schwierig war. Zur Überraschung vieler Experten hat Berlin diesem Paragraphen-Monster entschlossen den Kampf angesagt. Mit Erfolg und jetzt sogar mit Auszeichnung.

Schneller-Bauen-Gesetz Berlins vorbildlich

Der Zentrale Ausschuss, ein Verband der Immobilienwirt-

”
Innovativste Bauordnung Deutschlands

Zentrale Ausschuss
Verband der Immobilienwirtschaft

schaft, hat Berlin für sein Schneller-Bauen-Gesetz als „innovativste Bauordnung Deutschlands“ gewürdigt. So seien Genehmigungsverfahren erleichtert und beschleunigt worden, auch die Förderung von Investitionen erscheint vorbildlich. Berlin übernehme mit der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Neufassung seiner Bauordnung eine Vorreiterrolle auch für andere Bundesländer.

So gut dieses Lob auch tut, es besteht kein Grund, sich auf diesen Lorbeeren auszuruhen. Denn angesichts von Verunsicherungen durch die

abgewählte rot-grün-gelbe Bundesregierung halten sich Investoren zurück. Hier gilt es, Vertrauen und Verlässlichkeit schnell wieder aufzubauen.

Mehr als 5000 genehmigte Sozialwohnungen

Ein Lichtblick für Berlin sind die Zahlen für Genehmigungen preiswerter Sozialwohnungen. Erstmals seit Jahren wurde 2024 die Marke von 5000 bewilligten Einheiten überschritten (klartext berichtete). Gemeinsames Ziel der Koalition bleibt es, dies jedes Jahr zu erreichen.

Berlin wird auf neue, schnellere und bessere Beine gestellt

Historisch! Zweidrittel-Mehrheit für eine besser funktionierende Stadt



Großvorhaben mit großem Zuspruch: mehr Service für Berliner, klare Zuständigkeiten Foto: IMAGO/Berlinfoto

In der Warteschlange hängen, bis Anrufer irgendwann aufgeben. Für das Anliegen fühlt sich niemand zuständig, schon gar nicht verantwortlich. Dieses Dauerärgernis wird jetzt konkret angegangen: Berlins Verwaltung wird endlich auf neue, schnellere und bessere Beine gestellt.

Ein Großvorhaben in historischen Ausmaßen. Verfassungsänderung und ein neues Landesorganisationsgesetz sind das Fundament für eine wieder besser funktionierende Stadt. Dadurch wird es konkret möglich, unter den Landes- und Bezirksbehörden für klare Zuständig- und Verantwortlichkeiten zu sorgen – das Ende des Behörden-Pingpongs, ein entscheidender Schritt zu mehr Tempo bei allen Serviceleistungen für Berliner.

Politische Beobachter haben diesen Prozess kritisch begleitet. Die gemeinsame Verständigung mit Zweidrittel-Mehrheit im Parlament schreiben sie Berlins Regierenden Bürgermeister als Erfolg zu, Kai Wegner hat mit seiner moderierenden, aber konsequenten Rolle die Reform entscheidend geprägt. Der Tagesspiegel nennt es ein „Husarenstück“ Kai Wegners. Ihm sei tatsächlich gelungen, woran andere zuvor gescheitert waren: alle ins Boot holen.

Bis die Verbesserungen greifen, bedarf es noch viel Arbeit. Fast 5000 Verwaltungsaufgaben müssen Schritt für Schritt zugeordnet werden. Dann weiß jeder, was zu tun ist, niemand kann sich mehr herausreden. Berlin ist damit auf gutem Weg, dass es besser läuft.



Schneller bauen – wichtiger Schritt zu mehr bezahlbarem Wohnen
Foto: IMAGO/photothek



Niemand soll im Alter einsam sein

Informationsnachmittag zu Mobilität und gegen Einsamkeit im Alter

Auch in diesem Jahr lud Hannelore Eckert, seniorenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Treptow-Köpenick, zu einem informativen Nachmittag ins Kulturzentrum „Alte Schule“ in Adlershof ein. Unter dem Motto „*Im Alltag mobil bleiben*“ stellten Vertreter der Volkssolidarität Berlin e. V. die Angebote ihres Mobilitätshilfedienstes vor. Zudem berichtete Elke Schilling, Gründerin der Initiative Silbernetz e. V., eindrucksvoll über die Hilfen ihres Vereins im Kampf gegen Einsamkeit im Alter.

Mobil im Alltag – Unterstützung der Volkssolidarität Berlin e. V.

Gerade für Menschen mit eingeschränkter Beweglichkeit ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben oft eine Herausforderung. Der Mobilitätshilfedienst Treptow-Köpenick bietet verlässliche und alltagsnahe Unterstützung – ob bei Arztbesuchen, kleinen Einkäufen oder Spaziergängen. Ziel ist es, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung und im vertrauten Umfeld leben zu können.

Das Angebot richtet sich an:

- Menschen ab 60 Jahren
- Blinde oder sehbehinderte Personen
- Rollstuhlfahrer und Personen mit Mobilitätseinschränkungen
- Menschen, die sich unsicher, ängstlich oder sozial isoliert fühlen

Begleitung möglich bei:

- Arztterminen, Behördengängen, Einkäufen
- Spaziergängen oder Treffen mit Freunden

Kosten:

- Regulär: 80 €/Jahr oder 40 €/Halbjahr
- Ermäßigt: 40 €/Jahr oder 20 €/Halbjahr
- Mit Sonderfahrdienstberechtigung: 60 €/Jahr oder 30 €/Halbjahr
- Alternativ: 5 € pro Einzelbegleitung (bis zu 2 Stunden)

Weitere Informationen:

- [www.volkssolidaritaet-berlin.de/ein-](http://www.volkssolidaritaet-berlin.de/einrichtungen/mobilitaetshilfedienst)



Seniorenforum Foto: Team Sattelkau

- richtungen/mobilitaetshilfedienst
- Tel. 030 3435 4528 (Mo–Fr, 9–15 Uhr)

Silbernetz e. V. – Zuhören gegen die Einsamkeit

Einsamkeit im Alter ist ein wachsendes gesellschaftliches Problem. Seit 2014 setzt sich Silbernetz e. V. mit einem bundesweiten Angebot für ältere Menschen ein, die sich allein fühlen. Das Projekt bietet:

- **Silbertelefon** – anonym, kostenfrei und vertraulich: 0800 4 70 80 90
 - **Silbernetz-Freunde** – regelmäßige Gespräche mit ehrenamtlichen Anrufern
 - **Silberinfo** – Hinweise auf lokale Unterstützungsangebote
- Weitere Infos unter: www.silbernetz.org

”

Einsamkeit und das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, ist die schlimmste Form von Armut.

Mutter Teresa

Dass das Thema viele bewegt, zeigte sich auch in den Rückmeldungen des BENN-Nachbarschaftsforums. Der Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten ist groß – insbesondere für die ältere Generation.

Hier leistet Silbernetz e. V. mit Engagement und Herz einen bemerkenswerten Beitrag. Um diese wertvolle Arbeit noch bekannter zu machen, hat der Abgeordnete Dr. Martin Sattelkau die Gründerin Elke Schilling nach den Sommerferien zu einem ausführlichen Interview eingeladen. Dieses wird im Herbst in der Zeitung Klartext sowie im Bürgerbrief veröffentlicht. Darin möchte sie anhand konkreter Geschichten zeigen, wie der erste Schritt aus der Einsamkeit gelingen kann – und Mut machen, einfach einmal zum Hörer zu greifen.

Dr. Martin Sattelkau: „Ich freue mich sehr auf das Gespräch und darauf, Silbernetz auf klassischem Weg noch näher an die Menschen heranzubringen.“

Bleiben Sie dran!

Verkehrswege sicherer machen

Unterwegs mit dem ADFC rund um die Altstadt Köpenick

Am 2. Juni 2025 nahm Daniel Niesler-Klass für das Büro Sattelkau an der rollenden Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Mobilität“ teil – gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club e. V. (ADFC) ging es per Rad rund um die Altstadt Köpenick.

Ziel der Fahrt war es, Gefahrenstellen zu identifizieren, die Verkehrsgerechtigkeit vor Ort zu bewerten und über die Lange Brücke hinaus den Blick auf die Gesamtinfrastruktur zu richten. Dabei ging es nicht nur um Mängel, sondern auch um mögliche Lösungen und gemeinsame Positionen. Im Fokus der sachlichen und konst-



Foto: Team Sattelkau

ruktiven Diskussion standen insbesondere:

- problematische Abschnitte für den Rad- und Fußverkehr, etwa an der Grünauer Straße oder rund um die Alexander-von-Humboldt-Schule,
- die faire Verteilung des Straßenraums am Köllnischen Platz und in der Umgebung,
- sowie die Erkenntnis: Der geplante Umbau der Langen Brücke greift zu kurz – die angrenzende Infrastruktur muss mitgedacht werden.

Gemeinsam mit dem ADFC setzen wir uns für konkrete Verbesserungen

ein – z. B. zusätzliche Fahrradabstellanlagen oder sichere Querungsmöglichkeiten – und diskutieren über echte Mobilitätsalternativen für alle.

Wie es weitergeht, wird Thema in den nächsten Gesprächen mit den Akteuren im Bezirk Treptow-Köpenick sein.

Köpenicker
Winzersommer –
15. bis 17. August

Altstadt Köpenick –
Schlossinsel & Luisenhain

Erleben Sie ein stimmungsvolles Weinfest mit über **300 Weinen aus verschiedenen Ländern, Live-Musik** und **kulinarische Highlights** direkt an der Dahme.

FEZitty –
Die Hauptstadt
der Kinder!

Das große Stadtspiel für alle von 7 bis 14 Jahren
FEZ-Berlin
Täglich vom 19. Juli bis 5. September 2025

In den Sommerferien verwandelt sich das FEZ-Berlin wieder in FEZitty – die Hauptstadt der Kinder. Hier übernehmen Kinder das Kommando: Sie können Berufe ausprobieren, eigene Ideen umsetzen und erleben, wie eine Stadt funktioniert – mit allem, was dazugehört: Jobs, Geld, Wahlen und sogar einer eigenen Zeitung!

Über **100 verschiedene Berufe** in Werkstätten und Betrieben laden zum Mitmachen ein – vom Radiomachen über Handwerk bis hin zur Stadtratsarbeit. **Mitmachen, mitbestimmen, ausprobieren – und dabei jede Menge Spaß haben!** Alle Informationen zu Öffnungszeiten, Tickets und Programm finden Sie unter: www.fez-berlin.de/kindersommer/fezitty

Immer informiert
sein!

Mit den Kieznachrichten von Dr. Martin Sattelkau erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen über unsere politische Arbeit im Bezirk.



Weitere Informationen finden Sie unter:
www.martin-sattelkau.de,
www.instagram.com/martinsattelkau oder
www.facebook.com/Dr.MartinSattelkau

Glasfaserausbau in Treptow-Köpenick

Bekommen wir bald alle schnelles Internet?

Laut einer Pressemitteilung vom 19. Mai 2025 plant das Unternehmen OXG den Bau von rund 100.000 Glasfaseranschlüssen (FTTH – Fiber to the Home) in Treptow-Köpenick.

Im Originaltext heißt es: „Ob Videokonferenzen im Homeoffice, interaktiver Online-Unterricht, Gaming in immersiven 3D-Welten oder Streaming in gestochen scharfer 4K-Qualität: Die digitale Vernetzung ist aus dem heutigen Alltag nicht mehr wegzudenken. Herkömmliche Telekommunikationsnetze stoßen mit der rasant wachsenden Datennutzung zunehmend an ihre Grenzen. Um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, ist Glasfaser die Schlüsseltechnologie der Zukunft – sie schafft die essenzielle Grundlage für ein leistungsfähiges digitales Leben und Arbeiten.“

In Treptow-Köpenick ist der Startschuss für den Ausbau der zukunftssicheren Glasfaserinfrastruktur gefallen. Nach einer intensiven Planungsphase startet OXG mit dem Breitbandausbau für rund 100.000 Haushalte. Durch das Bauvorhaben wird die bestehende Telekommunikations-

“
Die Digitalisierung besitzt das Potenzial, sowohl unseren Lebensstandard als auch unsere Gesundheitsversorgung grundlegend zu verändern.

Elizabeth Blackburn
Nobelpreisträgerin für Medizin

infrastruktur modernisiert – ohne dass Anwohner sofort auf Glasfaser umsteigen müssen. Bestehende Anschlüsse bleiben erhalten und können weiterhin genutzt werden. Mit diesem Ansatz begleitet OXG Treptow-Köpenick als Strategiepartner des Landes Berlin in Richtung digitale Zukunft.“ Martin Sattelkau, Mitglied des Abgeordnetenhauses, begrüßt diese Entwicklung ausdrücklich: „Die Digitalisierung in Treptow-Köpenick zügig voranzutreiben, ist ein wichtiger und richtiger Schritt.“

Bislang ist jedoch nicht bekannt, welche konkreten Straßen oder Ortsteile tatsächlich erschlossen werden. Auf der Webseite von OXG heißt es lediglich:

„Der Ausbau erfolgt kostenfrei sowohl für Eigentümerinnen als auch Bewohnerinnen in Berlin Treptow-Köpenick. Sie können selbst entscheiden, welchen der über das Glasfasernetz verfügbaren Anbieter sie für ihren Internetzugang nutzen möchten. Diese von OXG bereitgestellte offene Infrastruktur ist ein Open-Access-Glasfasernetz mit vielen Vorteilen für alle in Berlin Treptow-Köpenick – also auch für Sie!“

Das Büro von Martin Sattelkau hat bei OXG nach konkreten Ausbaubieten nachgefragt. Zusätzlich wird eine schriftliche Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus geprüft, um mehr Klarheit für Bürgerinnen und Bürger

in Altstadt Köpenick, Kietz, Wendenschloß, Allende I, Allende II, Müggelheim und Müggelhort zu schaffen.

Alle neuen Informationen zum Glasfaserausbau und weiteren Themen werden regelmäßig über die **Kieznachrichten von Martin Sattelkau** veröffentlicht – einmal im Monat und kostenfrei.

Jetzt anmelden unter: www.martin-sattelkau.de – bleiben Sie bestens informiert!



Symbolbild
Glasfaserverlegung
Bild: gemini

Bau-Marathon bei der Infrastruktur

Von der Bundespolitik bis in den Bezirk – eine gemeinsame Herausforderung

Der neue Bundesverkehrsminister Patrick Schneider (CDU) dämpfte am 3. Juni 2025 vor Journalisten in Berlin die Hoffnung auf schnelle Verbesserungen bei der Infrastruktur. Zwar werde mit dem geplanten Sondervermögen massiv investiert, aber: „Es wird nicht auf einen Schlag besser“, so der Minister. Viele Baustellen bedeuteten zwangsläufig auch Behinderungen – doch entscheidend sei, dass es künftig besser werde.

Bundestag und Bundesrat haben dafür ein kreditfinanziertes Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro auf den Weg gebracht – vor allem für Infrastruktur und Klimaschutz. Ein großer Teil soll in die Sanierung hochbelasteter Bahnstrecken und maroder Brücken fließen. Allein in Berlin müssen laut Verkehrsverwaltung 84 Bauwerke an 70 Brückenstand-



Senatorin Ute Bonde und Abgeordneter Martin Sattelkau Foto: Team Sattelkau

orten ersetzt werden. Eine Übersicht dieser Standorte ist über den QR-Code abrufbar.



Doch auch auf bezirklicher Ebene ist der Sanierungsbedarf offensichtlich. In Treptow-Köpenick wird dies besonders an den umfangreichen Bauarbeiten der BVG und der Berliner Wasserbetriebe deutlich. Sie beeinträchtigen das tägliche Leben vieler Menschen – insbesondere in und rund um die Altstadt.

Um den jahrelangen Investitionsstau und die begonnene Aufarbeitung öffentlich zu diskutieren, hat der Abgeordnete Martin Sattelkau die Berliner Senatorin für Mobili-

tät, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt zu einem Bürgerforum eingeladen.

Die Senatorin hat zugesagt und wird am **22. September 2025 am Abend** in der Altstadt Köpenick vor Ort sein. Themen sind u. a. die Verkehrssituation im Wendenschloßviertel, die Sanierung der Langen Brücke, dauerhafte Baustellen in der Altstadt sowie eine mögliche Buslinie auf der Bergseite von Müggelheim.

Anmeldung erforderlich: Bitte melden Sie sich per E-Mail an unter buero@martin-sattelkau.de. Aufgrund begrenzter Platzkapazitäten ist eine Teilnahme nur mit Bestätigung möglich. **Mit der Bestätigung erhalten Sie Ort und Uhrzeit der Veranstaltung.**

MARTIN SATTELKAU
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Haben Sie Themen in Altstadt/Kietz, Allende-Viertel, Wendenschloß, Müggelhort oder Müggelheim?
Ihr Abgeordneter Martin Sattelkau ist für Sie da!

Ich bin für Sie da:
Bürgerbüro von Martin Sattelkau
Grünstraße 4 | 12555 Berlin
0177 3034566
kontakt@msattelkau.de



CDU-Fraktion fordert langfristige Lösungen für Volksfeste in Berlin

Zuckerwatte, Karussells und Kultur: Suche für Schaustellerstandorte beginnt

Die Unionsfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus fordert Planungssicherheit für das Schaustellergewerbe in der Hauptstadt und setzt sich für den langfristigen Erhalt des Zentralen Festplatzes ein. In einem aktuellen Antrag verlangen die Christdemokraten den Festplatz nur dann für eine spätere Wohnbebauung in Betracht zu ziehen, wenn zuvor ein gleichwertiger Ersatzstandort für das Schaustellergewerbe gefunden wurde. Damit soll verhindert werden, dass eine traditionsreiche Branche durch Flächenkonkurrenz aus der Stadt verdrängt wird.

Zentraler Festplatz ist ein Stück Stadtkultur

Der Zentrale Festplatz am Kurt-Schumacher-Damm ist seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil des Berliner Veranstaltungskalenders und bei vielen Berlinerinnen und Berlinern mit persönlichen Erinnerungen verbunden. Ob Deutsch-Französisches Volks-

fest, Berliner Frühlingsfest oder das beliebte Herbstfest – hier treffen sich Generationen, um Fahrgeschäfte, Zuckerwatte, Rummelatmosphäre und ein Stück gelebte Stadtkultur zu erleben.

Die Flächen werden immer knapper

Das soll so bleiben und deshalb dürfen sich die Rahmenbedingungen für die Branche nicht weiter verschlechtern. Die Corona-Pandemie hat der Branche stark zugesetzt, ebenso wie die Energiepreiskrise infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Im Gegensatz zu stationären Betrieben sind Schaustellerinnen und Schausteller auf nutzbare Freiflächen in der Stadt angewiesen – doch diese werden zunehmend knapper. Der Wegfall der Hasenheide als Veranstaltungsort für die Berliner Maientage habe die Lage zusätzlich verschärft.

Christian Gräff, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-



Feste feiern – dafür wird Platz gesucht

Foto: IMAGO/Jürgen Ritter

Fraktion, betonte in seiner Rede im Plenum, dass es besonders wichtig sei, nicht nur große Veranstaltungsflächen zu sichern, sondern auch kleinere Orte in den Ortsteilzentren auszuweisen, auf denen Kiezfeste, Märkte und saisonale Veranstaltungen möglich bleiben.

Schausteller gehören zur kulturellen DNA

„Die Schausteller gehören zur kulturellen DNA unserer Stadt“, so Gräff. „Sie leisten einen Beitrag zum sozialen Miteinander, schaffen Orte der Begegnung und beleben unsere Stadtteile. Es darf nicht sein, dass sie aufgrund man-

gelnder Flächen aus Berlin verschwinden.“ Gräff kritisierte außerdem die teils zurückhaltende Haltung der Berliner Bezirke und forderte mehr Engagement von Verwaltung und Politik. Es reiche nicht aus, auf eine schriftliche Anfrage lediglich mit „keine Fläche vorhanden“ zu antworten. Vielmehr müsse aktiv nach Lösungen gesucht werden.

Ein bis zwei neue zentrale Stellplätze für das Schaustellergewerbe sollen jetzt identifiziert und gesichert werden. Bis Mitte 2026 erwartet die CDU-Fraktion konkrete Zeitpläne sowohl zur weiteren Nutzung des Festplatzes als auch zu einer möglichen Bebauperspektive.

Wenn wir wollen, dass auch künftige Generationen den Duft gebrannter Mandeln, das Rattern der Karussells und das Gefühl kindlicher Vorfreude mitten in der Hauptstadt erleben können, dann müssen auch entsprechende Flächen freigehalten werden. Berlin würde das weiterhin gut tun.

Mietpreisprüfstelle: erste Bilanz

In den drei Monaten nach Inbetriebnahme von Berlins Mietpreisprüfstelle (klartext berichtete) konnte zahlreichen Mieterinnen und Mietern geholfen werden. Von März bis Mai wurden 159 Beratungsgespräche geführt, in 51 Prozent der Fälle wurde der zulässige Mietpreis um mehr als 50 Prozent überschritten. Den schwarzen Schafen unter den Vermietern drohen empfindliche Strafen, ohne alle Vermieter unter Generalverdacht zu stellen.



Gefragt: Mietpreisprüfstelle
Foto: IMAGO/photothek





QR-Code scannen oder unter:
www.klartext-berlin.de

Jetzt auch DIGITAL lesen, was mir nützt!

Aktuelles aus der Stadt, Deinem Kiez & unserem Berliner Parlament.

klartext

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

findet anderswo statt. Wir waren eingebettet in Bündnisse, von akuter Bedrohung scheinbar weit entfernt. Doch das hat sich grundlegend geändert. Moderne Kriegsführung macht vor Grenzen keinen Halt mehr – und sie zielt nicht nur auf Frontlinien, sondern auf Kommandozentralen, Infrastruktur, Regierungseinrichtungen. Kurz gesagt: auf Orte wie Berlin.

Die Hauptstadt ist nicht einfach nur eine Großstadt – sie ist das politische Zentrum Deutschlands. Hier sitzen Bundesregierung, Parlament, Ministerien, Botschaften. Sollte ein Gegner Deutschlands ein symbolisches Ziel angreifen wollen, wäre Berlin die erste Adresse. Die Verwundbarkeit ist nicht spekulativ, sondern logisch. Wer glaubt, ein Flugabwehrschirm sei übertrieben, verkennet die Realität moderner Bedrohungen.


Ein Blick nach Israel zeigt, was möglich – und notwendig – ist. Das Land ist etwa so groß wie Brandenburg (ca.



Wenn Israel Städte nahe feindlicher Raketenstellungen schützen kann, dann ist es auch für Berlin denkbar – etwa im Rahmen des europäischen „Sky Shield“ oder durch nationale Komponenten. Die Frage ist nicht, ob es möglich ist, sondern ob wir bereit sind, Sicherheit neu zu denken.

Denn genau das verlangt die Zeitenwende: ein Ende des sicherheitspolitischen Wunschenkens. Es geht nicht um Panikmache, sondern um Vorsorge. Nicht um Militarisierung, sondern um Verantwortung. Berlin zu schützen heißt nicht, Krieg zu wollen – sondern zu verhindern, dass er uns unvorbereitet trifft.

Wer jetzt handelt, baut keine Luftschlösser. Er schützt das, was nicht zerbrechen darf: die Sicherheit unserer freiheitlichen Gesellschaft.



Dirk Stettner
Fraktions-
vorsitzender
Foto: Yves
Sucksdorff

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

Hilfe für die, die sonst immer stark sein müssen

CDU-Fraktion möchte Pflegenotfall-Telefon für Berlin

Es geschah an einem ganz normalen Donnerstagmorgen. Für Sabine K., 56, aus Berlin-Lichtenberg ist der Alltag alles andere als gewöhnlich. Seit drei Jahren pflegt sie ihren demenzkranken Vater zu Hause. Sie arbeitet halbtags, kümmert sich um Arztbesuche, Medikamente, Körperpflege – und steht seit Monaten am Rande der Erschöpfung. Doch an diesem Morgen spitzte sich alles zu: Ihr Vater stürzte im Badezimmer, weinte, war orientierungslos. Sabine wusste nicht weiter. Der Pflegedienst hatte für diesen Tag abgesagt, die Hausärztin war nicht erreichbar, und die Rettungstelle zu rufen, erschien ihr übertrieben – oder doch nicht?

„Ich hätte in dem Moment jemanden gebraucht, der mir zuhört, mich berät, mir sagt, was zu tun ist“, sagt Sabine. „Aber es gab niemanden. Ich war allein.“

Versorgungslücke schließen – Feuerwehr entlasten

Genau in solchen Situationen soll es künftig Hilfe geben – wenn es nach der CDU-Fraktion Berlin geht. Sie hat die Idee entwickelt, ein Pflegenotfall-Telefon für Berlin einzurichten. Eine zentrale Rufnummer, bei der pflegende Angehörige und Pflegebedürft-



Glücklich und sicher alt werden: Das neue Pflegenotfall-Telefon soll dabei helfen
Foto: istock/PeopleImages

”

In Berlin gibt es eine große Versorgungslücke in der häuslichen Pflege – gerade im Notfall.

CDU-Fraktion Berlin

tige im Notfall rund um die Uhr Unterstützung finden. „In Berlin gibt es eine große Versorgungslücke in der häuslichen Pflege – gerade im Notfall“, schreibt die CDU-Fraktion in ihrem Antrag. Rund 212.000 Menschen erhalten in Berlin Leistungen aus der Pflegeversicherung. Zwei Drittel davon werden ausschließlich durch Angehörige gepflegt, ein weiteres Fünftel durch ambulante Dienste. Wenn Pflege plötzlich ausfällt, wissen viele nicht, wohin. Das überlastet nicht nur die Familien – sondern am Ende auch die Notaufnahmen und die Feuerwehr. Das neue Pflegenotfall-Telefon soll helfen, genau diese Situationen abzufangen. Vorbild ist das Hamburger Pflegenottelefon, bei dem geschulte Fachkräfte telefonisch beraten, Hilfe organisieren und – wenn nötig – kurzfristig Unterstützung vermitteln.

Bestehende Strukturen nutzen

Die CDU-Fraktion möchte das Angebot effizient in vorhandene Systeme einbetten: Es sollen keine Doppelstrukturen entstehen, sondern das genutzt werden, was bereits existiert – wie die Pflegestützpunkte oder der ärztliche Bereitschaftsdienst. Auch Hilfsorganisationen könnten eingebunden werden. Finanziert werden soll das Angebot vor allem über die Pflegekassen – analog zur Beteiligung der Krankenkassen am ärztlichen Bereitschaftsdienst.

Ein Zeichen der Anerkennung für Pflegende

Für Menschen wie Sabine K. wäre das neue Angebot nicht nur eine praktische Hilfe – sondern auch ein Zeichen der Wertschätzung. „Ich mache das gern. Aber manchmal möchte ich einfach nur wissen, dass ich nicht allein bin.“ Die Christdemokraten im Berliner Abgeordnetenhaus wollen erreichen, dass dieses Gefühl Realität wird – mit einem Pflegenotfall-Telefon, das genau dann einspringt, wenn es am dringendsten gebraucht wird.

Neuer Auftritt für Berlins Kultur

Zentrales Ticketing und Berlins Kulturangebot auf einen Blick

Berlins Bühnen, Orchester, Museen, die Clubkultur – das und mehr macht Berlin so attraktiv. Mit neuen Ideen will die CDU-Fraktion diese Leuchttürme unserer Stadt noch mehr zum Glänzen bringen.

Im Mittelpunkt: Die Entwicklung einer gemeinsamen Ticketvermarktung für alle Einrichtungen des Landes. Bisher organisieren das die Veranstalter meist in Eigenregie. Ein gemeinsames Auftreten gegenüber Dienstleistern könnte jedoch Kosten sparen. Zudem hätten Berliner und ihre Gäste den Vorteil, dann alles nur über eine Plattform buchen zu können.

Berlin-Kultur-Seite

Auch die Übersichtlichkeit des vielfältigen Kulturangebots lässt sich verbessern. Das soll künftig auf einer zentralen Internetseite gebündelt werden. Für diese Form des gemeinsamen Veranstaltungskalenders sollte geprüft werden, inwieweit das durch externe Anbieter entwickelt werden kann. So wie das viele andere deutsche und europäische Großstädte bereits erfolgreich anwenden.

1
gemeinsame Plattform bringt Kostenersparnis, effizientere Vermarktung und bessere Übersichtlichkeit auf das gesamte Kulturangebot



Blick auf die Bühne der Deutschen Oper. Auch sie wird vom zentralen Kartenverkauf profitieren
Foto: IMAGO/APP-Photo

Fünf Länder, ein Ziel: Warmlaufen für Olympia

Olympisches Dorf soll später an Berliner Mieter preiswert vermietet werden

Auf die Plätze, fertig – Olympia! Berlin und gemeinsam mit Berlin vier weitere Bundesländer haben ihre Bewerbungsidee für die olympischen Spiele vorgestellt. „Berlin plus“ heißt das Konzept mit der Sportstadt Berlin als Hauptaustragungsort. Gemeinsam in diesen Wettbewerb gehen neben der Bundeshauptstadt die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein. Die ergänzen sich und machen so großen Sport ohne teure Neuinvestitionen möglich: Kanu und Rudern auf der Re-



Bereit für die Olympia-Bewerbung mit Berlins Regierendem Kai Wegner im Olympiastadion
Fotos: IMAGO/Bernd Elmenthaler

gattastrecke am Beetzsee in Brandenburg/Havel, Segeln in Kiel, Gewichtheben, Turnen und Fechten in Leipzig und beispielsweise Rugby im Berliner Jahn-Sportpark. Sie erwartet noch ein Vorteil: Das neue Olympische Dorf für 16.000 Athleten entlang der Avus neben dem Messegelände soll später als preiswerte Wohnungen vermietet werden. Ein Konzept, das begeistert. Berlins Wirtschaft zeigt sich überzeugt, Berlin und die ganze Region könne von den Spielen „auf Dauer profitieren“. Die Bewerbung bewertet der Olympische Sportbund bis September, die Entscheidung soll im Herbst 2026 fallen. Damit, so heißt es im Berliner Senat, seien mehr als 90 Prozent der benötigten Sportstätten verfügbar. Für Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner eine „Riesenchance“, der die Berliner dazu noch mitentscheiden lassen will. Die dürfen sich nicht nur auf großartige Wettkämpfe freuen.

Hauptstadt ist Vorreiter bei Ladestationen

Mit 3250 öffentlichen Lade-punkten ist Berlin aktuell gut aufgestellt, zu weiteren 2000 besteht Zugang für Nutzer. Der weitere Ausbau geht voran. Beteiligt sind die Berliner Stadtwerke und 13 private Betreiber.

Zaun-Bau am Görli hat begonnen

Die Arbeiten für einen Schutzzaun rund um den kriminalitäts- und drogenbelasteten Görli-Park in Friedrichshain-Kreuzberg haben begonnen. Es ist eine von vielen abgestimmten Vorhaben, um die Sicherheit in dieser Grünanlage für Anwohner zu verbessern.



Mehr Ausbildungschancen für junge Berliner

Klares Ziel der CDU-Koalition: 2000 zusätzliche betriebliche Lehrstellen

Karriere machen, sich etwas im Leben leisten können. Wer wünscht sich das nicht? Das geht aber nur mit einer guten Berufsbildung. Um das sicherzustellen, setzt die CDU-Fraktion auf die Ausweitung des Angebots: 2000 zusätzliche betriebliche Lehrstellen sollen geschaffen werden.

Herkulosaufgabe für Berlins Wirtschaft

Eine große Herausforderung für Berlins Unternehmen. Die haben aktuell mit den Folgen und Verunsicherungen jahrelanger Misswirtschaft unter Grünen-Verantwortung der abgewählten Bundesregierung zu kämpfen. Nur 11,1 Prozent der Betriebe unserer Stadt bilden aus. Das ist klar ausbaufähig. Allerdings wird auch die Suche nach geeigneten Bewerbern immer schwieriger.

700 junge Menschen waren Ende 2024 mehr in einer Ausbildung als Ende 2023

Dazu kommt: Viele junge Leute haben falsche Vorstellungen von ihrer Berufswahl. Die Abbrecherquote von 41,5 Prozent ist klar zu hoch. Es gibt also viel zu tun, um den Ausbildungsmarkt für die

jungen Berliner zu verbessern. Kammern und Verbände bemühen sich um frühzeitige Berufsorientierung, viele Betriebe bieten Schülern an, bei einem Praktikum Beruf und Betrieb näher kennenzulernen.

Trend stimmt optimistisch

Hier müssen die Anstrengungen allerdings weiter forciert werden. Denn sonst verschärft sich der aktuelle Fachkräftemangel immer weiter. Auch deshalb will Berlin Jugendlichen mehr Perspektiven durch Ausbildung schaffen. Immerhin: Bis Ende 2024 waren 700 junge Menschen mehr in einer Ausbildung als Ende 2023. Um zusätzliche Anreize zu schaffen, ist im Gespräch, dass Ausbildungsbetriebe Zuschüsse zur Finanzierung der Azubistellen erhalten.



Mehr Ausbildungsplätze, gute Perspektiven für junge Berliner Foto: IMAGO/Jens Schicke

☒ **Nicht verpassen!**

Die nächste Ausgabe vom klartext erscheint Mitte Oktober 2025

Termine

Bürgerdialoge der CDU-Fraktion Berlin
Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Dirk Stettner und den folgenden Abgeordneten können Sie zum jeweiligen Termin zu Ihren Themen diskutieren. Alle Informationen erhalten Sie unter: www.kuemmer-tour.de.

KÜMMERTOUR

BÜRGERDIALOG

15.10. (Mi.)
Kümmer-Tour Karlshorst
Mit der Abgeordneten Lilia Usik für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht

Mehr zusätzliche Züge an die Ostsee

Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg will einen zusätzlichen dritten Zug am Tag von Berlin in Richtung Ostsee einführen, um gerade an Wochenenden die Situation in den Wagen zu entspannen.

Entspannte Fahrt zur Ostsee
Foto: IMAGO/Westend61

Auflösung Kreuzworträtsel S.6

■ A ■ R ■ A ■ M ■ B ■ O ■ S ■ I ■ I ■ F ■ L ■ O ■ S ■ I ■ G ■ P ■ P ■
■ R ■ A ■ M ■ B ■ O ■ S ■ I ■ I ■ F ■ L ■ O ■ S ■ I ■ G ■ P ■ P ■
■ T ■ R ■ I ■ L ■ O ■ G ■ I ■ E ■ B ■ Y ■ T ■ H ■ Y ■ M ■ I ■ A ■ N ■ E ■ S ■ P ■ E ■ R ■ R ■ G ■
■ S ■ E ■ K ■ R ■ E ■ T ■ N ■ B ■ L ■ O ■ E ■ D ■ M ■ E ■ L ■ K ■ E ■ T ■ R ■ R ■ I ■ G ■ A ■
■ T ■ I ■ M ■ O ■ N ■ K ■ E ■ L ■ G ■ E ■ J ■ A ■ U ■ L ■ E ■ A ■ E ■ R ■ O ■ S ■ L ■
■ D ■ I ■ S ■ C ■ O ■ V ■ E ■ R ■ Y ■ N ■ A ■ C ■ H ■ E ■ I ■ S ■ I ■ G ■
■ G ■ I ■ S ■ E ■ H ■ A ■ A ■ A ■ L ■ F ■ O ■ E ■ I ■ S ■ I ■ G ■
■ V ■ N ■ E ■ L ■ E ■ N ■ D ■ B ■ E ■ R ■ L ■ I ■ N ■ A ■ L ■ E ■
■ R ■ A ■ U ■ F ■ E ■ R ■ D ■ O ■ R ■ J ■ A ■ H ■ N ■ L ■ A ■ S ■
■ O ■ R ■ A ■ U ■ A ■ G ■ I ■ L ■ I ■ N ■ N ■ E ■ R ■ U ■ H ■ R ■
■ R ■ E ■ G ■ L ■ E ■ R ■ E ■ I ■ R ■ R ■ I ■ G ■ G ■ I ■
■ H ■ R ■ E ■ K ■ L ■ A ■ M ■ E ■ H ■ B ■ E ■ R ■ A ■ T ■ E ■
■ O ■ R ■ A ■ N ■ G ■ E ■ T ■ E ■ D ■ H ■ U ■ M ■ O ■ R ■ S ■ L ■
■ M ■ U ■ S ■ I ■ C ■ A ■ P ■ O ■ L ■ I ■ M ■ M ■ R ■ S ■ T ■ E ■ F ■
■ H ■ U ■ P ■ E ■ B ■ E ■ W ■ I ■ G ■ A ■ S ■ T ■ E ■ I ■ L ■ M ■ A ■
■ B ■ A ■ S ■ A ■ R ■ G ■ Z ■ W ■ W ■ S ■ S ■ K ■ N ■ J ■ E ■ R ■ I ■ E ■ F ■E ■
■ U ■ N ■ T ■ A ■ D ■ A ■ S ■ C ■ O ■ N ■ C ■ H ■ E ■ Z ■ D ■ E ■ L ■ F ■I ■N ■
■ H ■ E ■ F ■E ■ A ■ U ■ S ■ F ■A ■ L ■ L ■ V ■ I ■B ■ R ■A ■T ■O ■R ■Z ■W ■I ■N ■G ■E ■
■ F ■L ■E ■I ■S ■S ■M ■A ■D ■R ■I ■D ■R ■U ■E ■H ■R ■E ■I ■S ■T ■A ■R ■

SOMMERFERIEN

IMPRESSUM

klartext
Zeitung zur Stadt Berlin, Ihrem Kiez und dem Berliner Parlament

CDU-Fraktion Berlin
Preußischer Landtag, 10111 Berlin
Telefon: (030) 23 25 21 28
✉ klartext@cdtu-fraktion.berlin.de
🌐 www.cdu-fraktion.berlin.de

V.i.S.d.P.: Heiko Melzer
Bildredaktion: Patrick Liesener, Martin Bremer
Editorial Design, Layout, Satz & Produktion: Martin Bremer
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag
Verteilung: Deutsche Post AG

Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.